

„Deutschland ohne Straßenausbaubeiträge“



Rote Karte
für die
Strabs

Pressestatement

Freigegeben zur sofortigen Veröffentlichung

17. April 2018

Erfolg in Bayern – Ära der ungerechten „Strabs“ endet - Impuls für Abschaffung auch in Hessen und Niedersachsen

Im Wahljahr 2018 haben die koordinierten, langjährigen Aktionen der „Allianz gegen Straßenausbaubeitrag in Bayern“ und ihrer Kooperationspartner zum Erfolg geführt: Mit dem Gesetzesentwurf der CSU, der am 18. April 2018 in den bayerischen Landtag eingebracht werden soll, ist absehbar, dass noch im Sommer aus einer defacto-MUSS-Regelung im Kommunalabgabengesetz eine rückwirkende Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 1.1.2018 wird.

Von diesem Signal geht ein starker politischer Impuls in die anderen Bundesländer aus: Straßenausbaubeiträge können grundsätzlich und rechtssicher rückwirkend abgeschafft werden! Unsere Verbände werden dieses Signal in den kommenden Monaten überregional verbreiten und populär machen. Die politischen Vertreter auf allen Ebenen werden aufgerufen, diesem Beispiel zu folgen und sich damit glaubwürdig für eine bundesweite Angleichung der Lebensverhältnisse einzusetzen.

Die kürzliche ausführliche Anhörung im hessischen Landtag mit ca. 30 Experten -davon zahlreiche Bürgerinitiativen- war dazu ein weiterer wichtiger Meilenstein. In Niedersachsen steht im Landtag eine Anhörung am 5. Juni 2018 bevor, die vor dem Hintergrund zunehmender Proteste und einer Online-Petition auch durch Bürgerinitiativen begleitet werden wird.

Die Mehrheitsfraktionen im hessischen und niedersächsischen Landtag werden aufgefordert, die angekündigte Gesetzesänderung in Bayern als Beispiel zu nutzen, die jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften zugunsten einer grundlegenden Neuordnung der Finanzierung der kommunalen Straßeninfrastruktur nun ohne weiteren Aufschub zum Nutzen der Bürger zu reformieren.

Bildanlage zur freien Verwendung (Vertreter der Initiatoren in Hannover am 23. März 2018)

*„Deutschland ohne Straßenausbaubeiträge“ ist überparteilich und offen für die Mitarbeit von weiteren Vereinigungen, Verbänden, Vertretungen, Bündnissen und Netzwerken interessierter Organisationen. Initiatoren sind die unter dem Dach von „VDGN e.V.“, „VSSD e.V.“, „Allianz gegen Straßenausbaubeiträge in Bayern“, „AG Straßenbeitragsfreies Hessen“, „AVgKD e.V.“ und „Verband Wohneigentum Hessen e.V.“ organisierten Bürgerinitiativen, Mitglieder und Vertretungen. Besonders Zusammenschlüsse von Bürgerinitiativen aus Niedersachsen, Bayern und Hessen werden aufgerufen, sich zu melden. Aktivitäten lokaler BI's werden in ihrem Bundesland vernetzt und bundesweit sichtbar gemacht. Dazu werden die in langjährigen Aktivitäten erworbenen breiten Kompetenzen gebündelt und Betroffenen bundesweit angeboten. Die eigene Informationsplattform **Deutschlandohnestrabs.de** wird in Kürze freigeschaltet, schrittweise gefüllt und laufend aktualisiert.*

Pressekontakt und V.i.S.d.P.: „Deutschland ohne Straßenausbaubeiträge“, c/o Niels Finn, Kirchenstr. 12, 21256 Handeloh, Tel. 04188-fünfmaldievier83, nielsafinn@gmail.com